Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend Ausgabe. Dienstag, den 25. Januar 1881. Nr. 40.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung vom 24. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um $11^{1}/_{4}$ Uhr.

Am Ministertische: von Puttkamer, Bitter und einige Kommissarien.

Tagesordnung:

I. Erste Berathung eines Nachtrags-Etats für 1881/82.

Es handelt sich bei demselben um folgende Ausgaben:

Mehrkosten für Bureaubedürfnisse bei den General-Kommissionen (Landw. Ministerium) . . .	9,150 Mk.
Einmalige und außerordentliche Ausgaben zur Erwerbung und Einrichtung eines Dienstgebäudes für die Regierung zu Breslau	1,360,000 Mk.
Zum Neubau eines Regierungsgebäudes in Stade, 1. Rate (Etat der Bauverwaltung) .	200,000 Mk.
zusammen	1,569,150 Mk.

Abg. Rickert spricht seine Verwunderung darüber aus, daß in diesem Stadium der Etatberathung die Regierung jetzt schon mit dem dritten Nachtragsetat vor das Haus trete. Es sei dies umsomehr zu verwundern, als der Bundesrath von Neuem mit der Vorlage wegen Einführung der zweijährigen Budgetperiode betraut werden soll. Es sei nicht gut, die Nothwendigkeit solcher Vorlagen an derartigen Beispielen zu illustriren. Wenn schon jetzt bei einjährigen Budgetperioden in jeder Session mehrere Nachtragsetats nothwendig werden, was solle erst dann werden, wenn zweijährige Etatperioden eingeführt sind. Es müßte ja eine heillose Verwirrung in unserer Finanzverwaltung entstehen. Materiell habe er gegen die Vorlage nichts einzuwenden, doch sei die Nothwendigkeit und Dringlichkeit der Ausgaben nicht gehörig motivirt.

Abg. Graf d'Haussonville erklärt sich entschieden für die Bewilligung der Nachtrags-Forderungen, da in der That für den Bau des Regierungsgebäudes in Breslau ein dringendes Bedürfniß vorliege.

Finanzminister Bitter: Die Vorlage wegen Einführung zweijähriger Etatsperioden werde allerdings dem Bundesrathe und dem Reichstage wieder zugehen. Er könne sich indeß auf eine Diskussion dieser Frage hier nicht einlassen, die Sache werde im Reichstage zur Entscheidung gebracht werden. Bemerken wolle er nur, daß die Frage damit für Preußen nicht entschieden sei, es stehe dann immer noch beim preußischen Abgeordnetenhause, ob es einer solchen Vorlage zustimmen wolle. Der Minister rechtfertigt sodann die Forderungen im Nachtrags-Etat, deren Bewilligung eine dringende Nothwendigkeit sei.

Abg. Dr. Windthorst: Eine definitive Entscheidung über die Vorlage selbst müsse er sich nach Prüfung derselben durch die Kommission vorbehalten. In Bezug auf die zweijährigen Budgetperioden habe der Finanzminister gewiß Recht, daß diese Frage im Reichstage zum Austrag gebracht werden müsse, eine nothwendige Folge eines solchen Beschlusses im Reiche würde die Einführung der zweijährigen Budgetperioden in Preußen nicht sein. Diese Frage sei einer ernsten Erwägung wohl werth, so lange aber der kirchenpolitische Kampf andauert, so lange werde er seinestheils niemals für eine [illegible]jährige Budgetperiode eintreten. So lange [illegible] Kulturkampf andauert, könne man nicht oft [illegible]ug Gelegenheit haben, seine Beschwerden vorzubringen. Das werde für Herrn Rickert vielleicht ein Grund sein, den Kulturkampf zu verlängern. (Heiterkeit.) Das Argument des Herrn Rickert, daß bei zweijährigen Budgetperioden die Nachtrag-Etats sich noch vermehren würden, könne er nicht gelten lassen, diese ständen mit der Dauer der Etatsperiode in keinem Zusammenhange; sie seien überhaupt nicht zu vermeiden.

Abg. Stengel hält die Wiederholung solcher Nachtrag-Etats nicht für zweckentsprechend und bittet den Minister, nur in den seltensten Fällen [illegible]n di[illegible]em Mittel Gebrauch zu machen. Er be[illegible] Verweisung der Vorlage an die Bud[illegible]n.

[illegible] v. Heydebrand konstatirt, daß die konservative Partei dem Gedanken zweijähriger Etatsperioden durchaus nicht gegenüberstehe. Im Uebrigen erklärt Redner sich für die Vorlage, da das derzeitige Regierungsgebäude in Breslau durchaus eines Ersatzes bedürfe.

Abg. Dr. Köhler kann nicht zugeben, daß das Bedürfniß für das in Rede stehende Gebäude so plötzlich herangetreten sein könne, daß die Forderung in einem Nachtrags-Etat habe ausgesprochen werden müssen.

Abg. Virchow legt dar, daß die Nachtrag-Etats überhaupt geeignet seien, die Budget-Verhältnisse zu verwirren. Zugleich wendet er sich gegen die laxe Praxis bei den Etats-Ueberschreitungen, welche von Jahr zu Jahr in steigender Progression erscheinen. Was die zweijährigen Budgetperioden anlange, so würde, wenn sich hierzu jemals eine Majorität finden sollte, diese Praxis sich noch in verstärktem Maße geltend machen. Den Herren Konservativen möchte er bemerken, daß es sich hierbei keineswegs nur um eine nützliche Praxis, sondern um das werthvollste Recht der Volksvertretung handle, das man nicht aus der Hand geben dürfe.

Nach einigen Bemerkungen des Finanzministers Bitter wird die Vorlage an die Budget-Kommission verwiesen.

Es folgt

II. Die erste Berathung eines zweiten Nachtrags-Etats pro 1881/82.

(Einmalige Ausgaben bei Kap. 12, Tit. 10, der landwirthschaftlichen Verwaltung zur Unterhaltung der Deiche an der Weichsel bei der Ausmündung der Nogat 408,000 Mark.)

Die Vorlage geht nach kurzen empfehlenden Worten des Abg. Freiherrn v. Minnigerode ebenfalls an die Budget-Kommission.

III. Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats.

Bei dem Etat des Finanzministeriums, dauernde Ausgaben, beantragt die Budget-Kommission:

Kapitel 57 Artikel 3 (Gehalt für einen neuen Direktor mit 8700 Mark) zu bewilligen, dagegen Kapitel 58 Titel 7 (zur Renumerirung und Unterstützung der außeretatsmäßigen Mitglieder der Regierungen) statt 550,000 Mk. nur 530,000 Mk. zu bewilligen.

Abg. Rickert erklärt sich gegen die erstere Position, da es sich hier um eine Arbeitskraft handele, die nur vorübergehend zu einem bestimmten Zweck Verwendung finden solle.

Abg. Dr. Windthorst spricht sich für die Bewilligung des neuen Direktors aus, weil sich derselbe mit der Steuerreform zu befassen habe. Wünschenswerth sei es aber, daß der neue Rath einen festen Weg ausfindig mache, der aus dem jetzigen Wirrsal herausführe. Zu dem Ende müsse man den Mann auch in die richtige Stellung und Stimmung versetzen.

Abg. v. Minnigerode ist ebenfalls für die Bewilligung. Eigentlich sei zwar die Steuerreform Reichssache, aber bei der regen Wechselwirkung zwischen dem Reichskanzler und den Einzelstaaten sei die Bewilligung geboten. Wenn Herr Rickert unsere Steuerreformvorschläge noch immer vermisse, so habe er demselben zu erwidern, daß auf liberaler Seite die Mängel unserer direkten Steuern doch auch anerkannt werden, bis jetzt habe man aber noch nicht den Versuch gemacht, die reformirende Hand anzulegen.

Abg. Hänel: Die Herren Konservativen proklamiren unausgesetzt ihre Ersparnißansichten, bewilligen aber fortwährend neue Steuern. Wenn es nothwendig sei, eine Steuerreform anzubahnen, wozu bedürfe es dann im preußischen Ministerium eines solchen Steuerreformers. Die Steuerreform werde doch im Reiche bewirkt, wenn wirklich ein Bedürfniß vorhanden ist, dann vermehre man doch die Arbeitskräfte im Reichsfinanzamt, wozu das arme preußische Ministerium damit belasten. Die Wechselwirkung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten sei auch eine schöne Redensart (Heiterkeit), der Reichskanzler bestimmt und die Einzelstaaten müssen dem Folge geben.

Finanzminister Bitter (sehr erregt) wendet sich gegen die letztere Aeußerung des Vorredners. Derselbe müsse einen sehr geringen Begriff haben von Denjenigen, welche die Geschäfte des Landes leiten. Es wäre wünschenswerth, wenn der Vorredner sich eine bessere Ueberzeugung von den thatsächlichen Verhältnissen aneignete, ehe er solche Worte hier ausspricht.

Abg. v. Benda erklärt sich für Bewilligung der in Rede stehenden Position.

Abg. Rickert: Ich sehe mit großer Spannung der Finanzreform der Herren Konservativen entgegen. Früher wurde uns auf dieser Seite immer zum Vorwurf gemacht, daß wir die Rechte der Krone anzutasten wagten. Wir sind aber in unserer Bescheidenheit nie so weit gegangen, wie Herr v. Minnigerode, der die Initiative für eine Steuerreform für sich in Anspruch nimmt. Ich gratulire dem Herrn v. Minnigerode dazu, doch wird er die Finanzreform doch wohl dem Herrn Finanzminister resp. der Staatsregierung überlassen müssen. Aber ich bin allerdings lebhaft ungeduldig, von Ihnen zu erfahren, wie Sie sich diese Steuerreform denken.

Die Diskussion wird geschlossen.

(Vor der Abstimmung erhebt sich eine längere Debatte über die Frage, inwieweit über die Verhandlungen innerhalb der Kommission Diskretion zu beobachten sei. Zu einem Resultate konnte diese Verhandlung jedoch nicht führen, da die Geschäftsordnung hierüber eine Bestimmung nicht enthält.)

Kap. 57 Tit. 3 wird hierauf unverkürzt bewilligt.

Eine längere Debatte erhebt sich über Kapitel 58 Titel 1 (Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten 2c., Mehrausgabe 9759 M.), Titel 2 (Subalternbeamte bei der Verwaltung der direkten Steuern, Mehrausgabe 119,325 M., darunter künftig wegfallend 58,234 M.), Titel 6 (Pauschquantum zu Dispositionsgehältern, einschließlich Wohnungsgeldzuschüsse, sowie zu Wartegeldern aus Anlaß des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vom 26. Juli 1880, 395,034 M., welche im Etat als künftig wegfallend bezeichnet sind.)

Titel 1 und 2 werden unverkürzt bewilligt, Titel 6 geht auf den Antrag Rickert an die Budgetkommission zurück, Titel 7 wird auf den Antrag der Budgetkommission nur in Höhe von 530,000 M. bewilligt.

Titel 8 (zur Remunerirung von Beamten im Bureaudienst 1,058,333 M., mehr 55,700 M.) und Titel 12 (zu Diäten, Fuhr- und Versetzungskosten 1,000,000 M., mehr 254,300 M.), werden nach den Beschlüssen der Kommission ebenfalls unverkürzt bewilligt.

Es folgt der Etat der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten.

Es handelt sich zunächst um Kapitel 121 der dauernden Ausgaben (Schulaufsichtskosten).

Abg. v. Zitzewitz beantragt Namens der Budgetkommission, Kapitel 121 Titel 23—26 wie folgt zu fassen: Titel 23, zu Schulaufsichtskosten, und zwar zu Besoldungen für 181 Kreisschulinspektoren mit 2400 bis 4800 M., im Durchschnitt 3600 M.; zu Reisekostenvergütungen für dieselben 600—1200 M., im Durchschnitt 900 M., für jeden 814,500 M.

Vermerk: Ersparnisse können zur Verstärkung des Tit. 25 verwendet werden.

Titel 24. Zu Wohnungszuschüssen für die Kreisschulinspektoren 84,360 M. Titel 25. Zu Schulaufsichtskosten, und zwar zu widerruflichen Remunerationen für Verwaltung von Schul-Inspektionen, 327,470 M., oder demgemäß Tit. 26 als „vakant“ zu bezeichnen.

Der Referent befürwortet diesen Antrag, der der Regierung den erforderlichen Spielraum gewähren soll.

Abg. Dr. Virchow tritt dem Kommissions-Antrage entgegen, da derselbe zur geistlichen Schulaufsicht zurückführe.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath v. Zastrow tritt für den Kommissions-Antrag ein, da dadurch allein es möglich werden würde, die Schulaufsicht so zu ordnen, wie es im Interesse der Schule und der Kirche wünschenswerth sei.

Während dieser Diskussion tritt der Reichskanzler Fürst Bismarck in den Saal, verläßt ihn aber schon nach kurzer Zeit wieder.

Abg. v. Heereman hofft, daß das Recht der Kirche mehr zur Geltung kommen werde, wenn man den Kommissions-Antrag annehme.

Abg. Platen will, weil man nur Beamte der Schule als Vorgesetzte geben könne, diesen Antrag ablehnen, da durch denselben die geistliche Schulaufsicht, ohne Rücksicht auf die Qualifikation, wieder ermöglicht würde.

An der Debatte betheiligen sich noch Regierungs-Kommissar v. Zastrow, Graf Clairon d'Haussonville, Rickert und Dr. Weber.

Der Kultusminister v. Puttkamer erklärt, der Beschluß der Budget-Kommission sei ihm ein erwünschter; der Betrag des Titels 26 sei ein geringer, deshalb sei es ein praktisches Verfahren, wenn man aus den Ueberschüssen des Titels 23, dessen Uebertragbarkeit auf die Titel 24 und 25 zulässig sei, auch auf Titel 26 übertrage. Die Erhöhung des Titels 26 an und für sich sei gegenwärtig nicht möglich, deshalb sei es ihm besonders erwünscht, Ersparnisse bei der Kreis-Schulinspektion für die Lokal-Schulinspektion zu verwenden.

Darauf wird Titel 23 nach Antrag der Kommission angenommen.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Etat.

Schluß $4^{1}/_{4}$ Uhr.

Ausland.

Wien, 24. Januar. In Angelegenheit der griechisch-türkischen Frage erfahre ich, daß England Italiens Vorschlag, Griechenland zu den Verhandlungen in Konstantinopel zuzulassen, unterstützte. Der Vorschlag Italiens dürfte jedoch kaum durchdringen und würde auch gegenstandslos, falls die Meldung wahr ist, daß Griechenland von den Verhandlungen überhaupt nichts wissen wolle. Die förmliche Botschafter-Konferenz in Konstantinopel wird nicht stattfinden. Die Mächte werden zunächst Instruktionen für die Botschafter vereinbaren. Der darauf bezügliche Ideen-Austausch steht unmittelbar bevor, wenn derselbe nicht bereits eingeleitet ist. Von der Pforte wird eine vorherige Bekanntgabe der äußersten Zugeständnisse nicht verlangt, letztere werden aus den Verhandlungen bekannt werden.

Provinzielles.

Stettin, 25. Januar. Dem Kreis-Physikus, Sanitäts-Rath Dr. med. Günther v. Bünau zu Colberg ist der Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath verliehen.

— Herr C. Elsner in Stralsund hat ein Patent auf einen Kochheerd mit Wasserheizung und Herr H. J. Grabert in Arnswalde ein Zusatzpatent auf eine Kaffeemaschine erhalten, während Herr Uhrmacher C. Hahlweg hierselbst bereits wieder ein neues Patent auf Werkzeug zum Schneiden, Nachschneiden, Zudrücken und Oeffnen von Steinfassungen in Taschenuhren angemeldet hat.

— Das Mittwoch stattfindende 4. Konzert der Herren Musikdirektor Koßmaly und Kapellmeister Jancovius verspricht einen besonderen Genuß durch die Mitwirkung des rühmlichst bekannten Violinvirtuosen Rappoldi, der u. A. ein Concert romantique von Godart vortragen wird, mit welchem er in seiner zweiten, in Dresden veranstalteten Soiree für ältere und neuere Violinliteratur ungemeines Aufsehen erregte.

— Von einem Vormunde, der lange Jahre hindurch eine Vormundschaft geführt und während derselben das sechszigste Lebensjahr überschritten hatte, wurde der Antrag gestellt, ihn wegen seines hohen Alters aus der Vormundschaft zu entlassen, weil, wenn nach dem Gesetz das sechszigste Lebensjahr von der Uebernahme der Vormundschaft befreie, demjenigen, welcher vor Eintritt dieses Alters eine Vormundschaft übernommen habe, durch den Eintritt in dies Alter ein Befreiungsgrund zustehe. Die hier ausgeführte Ansicht ist auch in der höheren Instanz nicht gebilligt worden, vielmehr wurde angenommen, daß hohes Alter an und für sich den bestellten Vormund nicht berechtigt, seine Entbindung von diesem Amte zu verlangen, vielmehr nachgewiesen sein muß, daß das hohe Alter den Vormund zur ordnungsmäßigen Führung der Vormundschaft unfähig gemacht hat.

— Ein bedeutender Einbruchsdiebstahl wurde in gestriger Nacht bei dem Kalkhändler Franck in Pasewalk ausgeführt. Als Herr Franck am Abend spät aus dem Konzert nach Hause kam, fand er seine Kommode erbrochen und aus derselben 1600 bis 1700 Mark gestohlen. Hierunter war 1 sächsischer 500-Mark-Schein, einige 50-Mark-

Scheine, ca. 1000 Mark 20-Mark-Stücke, 2 Koupons und 1 Fünffrancstück. Der Dieb muß mit den Lokalverhältnissen sehr vertraut gewesen sein; er war durch ein Fenster, welches mit eigeschlagen, eingestiegen, die Thüren hat er er einnem Nachschlüssel geöffnet.

— Aus dem Kreise Kolberg liegt der „Post“ in der Auswanderungsfrage nachstehendes Schreiben eines Gutsadministrators an seine Herrschaft vor: „Mit dem Leuteverhältniß wird es dies Jahr noch schlechter als voriges Jahr; sechs Stück ziehen weg, einen habe ich erst angenommen; so ist es aber in allen Dörfern, wo 14 bis 15 Familien fortziehen, Alles nach Amerika, und was umherläuft, ist lauter Lumpenpack. Ich wollte einen guten Deputatknecht annehmen, auch der ist nicht zu haben, Alles will nach Amerika ziehen; wenn es noch ein Jahr so fortgeht, werden ganze Dörfer leer stehen!“

— In der Sturm- und Schnee-Nacht vom 20. zum 21. d. M. spielte sich, wie das „Greifsw. Tagebl.“ erzählt, auf dem Bahnhof Miltzow folgender Vorgang ab. Drei Herren, auf der Reise von Stralsund nach Greifswald begriffen, hatten in Folge Sperrung der Bahn im Wartesalon Quartier genommen und verkürzten sich die Zeit durch einen gemüthlichen Skat. Doch ihre Gemüthlichkeit wurde bald bitter getrübt. Nachdem nämlich vier Greifswalder Herren, Herr B., stud. S., cand. medic. Dr. M. und des Letzteren Leibfuchs den Saal betreten und am benachbarten Tische Platz genommen hatten, scholl plötzlich von Dr. M. ausgehend das Kommando durch's Lokal „Hüte ab!“, natürlich gegen die drei Skatspieler, welche der Kälte wegen Ueberzieher an- und Hüte aufbehalten hatten, gerichtet. Da diesem Befehl nicht nachgekommen wurde, unternahm es der Leibfuchs, einem der Herren den Hut vom Kopfe zu entfernen, während M. laut das Aufbehalten der Hüte für ein „höchst plebejisches Benehmen“ erklärte und den Wirth aufforderte, die „Kerls“ zu veranlassen, die Hüte abzunehmen. Der Wirth kam auch diesem Gesuch nach und bat die Reisenden, des Friedens halber die Hüte abzulegen, was aus diesem Grunde auch geschah. Hiermit hätte die Affaire beendet sein können, wenn es nicht, wie es hier der Fall war, auf offenbare Provokation ausging. — Inzwischen hatten noch zwei Männer, ein Kolporteur und ein Handwerksbursche, das Zimmer betreten, die schleunigst von den Herren Studenten an ihren Tisch gezogen wurden. Jetzt entspann sich eine recht heitere und laute Unterhaltung. Geistreiche Ausrufe, als „Hep—Hep“, „Judenmauschel“ 2c., bildeten den Stoff.

Als dieses Alles nicht verfangen wollte, versuchte es einer der studirten Herren durch eine Säbelforderung ohne Binden und Bandagen, welche acceptirt wurde, indem Herr G. aus Pirmasenz erklärte, er sei morgen (am 21.) Vormittags im Deutschen Hause zu Greifswald für den Kartelträger zu sprechen. (Der Kartelträger ist nicht erschienen.) Trotz der Annahme der Kontrahage schrie der Kommilitone des Fordernden „Hau dem Feigling eine runter“ und Herr B. erklärte Herrn G. für einen „groben, gemeinen Flegel.“ Ein zufällig anwesender Greifswalder Kornhändler bat Herrn B. höflichst, sich doch passiv zu verhalten, wofür er von diesem thätlich angegriffen ward. Um sich vom Zorn nicht übermannen zu lassen, verließ der Kornhändler das Lokal, als er jedoch nach fünf Minuten zurückkehrte, erhielt er von dem Kolporteur F. einen Schlag gegen den Kopf, daß seine Reisemütze weithin flog. Während dieser Vorgänge schrie Dr. M.: „macht das Licht aus, schlagt ihnen alle Knochen im Leibe entzwei.“ Das Licht wurde auch gelöscht, doch sofort durch den Wirth wieder entzündet; die interveniren de Bahnpolizei verhinderte weiteren Skandal. Herr B. jedoch gab zur Feier des Tages ein Achtel zum Besten, und freute sich die Gesellschaft noch lange ihrer Heldenthat, wobei sie so vertraut wurden, daß der Handwerksbursche am andern Morgen Dr. M. fragen konnte, „wie hast Du geschlafen?“

Die Bahnpolizei wird ihr Protokoll einreichen, die Injurirten haben Anzeige gemacht und das Finale wird wohl der Staats-Anwalt spielen.

— In der Zeit vom 16. bis 22. d. Mts. sind hierselbst 27 männliche, 28 weibliche, in Summa 55 Personen als verstorben gemeldet, darunter 28 Kinder unter 5 und 13 Personen über 50 Jahre.

(Eingesandt.)

Zum Kapitel der Nahrungsmittel-Verfälschungen. Es ist der Eifer, mit welchem die hiesige Polizei-Direktion auf verfälschte Nahrungsmittel fahndet, nicht genug anzuerkennen und dürfte das Publikum im Großen und Ganzen wenig davon wissen, daß unter der streng gehandhabten Kontrolle über Milch und Butter und die Größe der Fische, Aale und Krebse auch noch andere Gegenstände von der Polizei der Prüfung unterzogen werden. So sind z. B. in der letzten Zeit von Beamten unserer Exekutiv-Polizei diversen Materialisten Besuche abgestattet und einige Kleinigkeiten gekauft, die alsdann zur Untersuchung einem Chemiker übergeben worden sind. Eine große Anzahl der untersuchten Cerealien und Materialien haben sich als gefälscht erwiesen. So ist z. B. gemahlener Pfeffer mit Eichenborke gemischt gewesen. Sehr häufig waren der Chocolade Stoffe beigefügt, die Alles andere, aber nur keine Nahrungsstoffe hatten, nämlich: Asche. Uns sind diverse Kleinhändler bekannt, die dafür eine Strafe von 15 Mark haben bezahlen müssen. Diese Kleinhändler hatten ihre Waare von einer hiesigen renommirten Konditorei gekauft, welche wiederum von einer großen Berliner Fabrik bezogen hatte. Durch die Strafmandate sind nun viele Kleinhändler ziemlich hart an Geld gestraft, obgleich sie doch nicht an der Verfälschung Schuld tragen, da anzunehmen ist, daß ein Händler doch im Glauben kauft, reelle Waare zu erhalten. Wenn die Händler mit 15 Mark wegen Fahrlässigkeit wegen Verkauf gefälschter Chocolade bestraft werden, welche Strafe wäre dann wohl für den Fabrikanten, der absichtlich, um Gewinn zu erzielen, seine Chocolade mit Asche vermengt, angemessen? Vielleicht veranlassen diese Zeilen, daß sich unsere Polizeibehörde mit der von Berlin in Verbindung setzt, um den Heerd der Chocoladenverfälschung bloszulegen, denn durch die Bestrafung unserer Kleinhändler, die nicht im Stande sind, zu beurth len, ob eine Waare verfälscht oder nicht, wird dem Uebel nicht abgeholfen.

G. H.

Kunst und Literatur.

Die altrenommirte Zeitschrift „Neueste Erfindungen und Erfahrungen auf den Gebieten der praktischen Technik, der Gewerbe, Industrie, Chemie 2c.“ bringt in der ersten Nummer des 8. Jahrganges 1881 eine Fülle interessanter Original-Artikel von Gelehrten und Fachmännern, unter andern auch einen Artikel über) das klingende Orgel-Pedal für das Klavier, die Entstehung und die verschiedenen Konstruktionen desselben“ aus der Feder unseres Mitbürgers, des Herrn Pianoforte-Fabrikanten Carl Alfred René hier Der Verfasser, der selbst Erfinder einer neuen, patentirten Konstruktion des Orgel-Pedals ist, giebt in der Abhandlung einen auf umfangreichen Studien und praktischen Erfahrungen beruhende, sorgfältig ausgearbeitete Beschreibung des Orgel-Pedals und bespricht die verschiedenen Konstruktionen desselben mit großer Sachkenntniß und Objektivität; ferner schildert er in anziehender Weise die Entwicklungsstadien des Pedals von seinen ersten Anfängen bis auf den heutigen Tag. Am Schluß des Artikels findet sich eine kurze Beschreibung des René'schen patentirten Orgel-Pedals.

Der Artikel ist in anziehender, leicht verständlicher Form geschrieben und bringt viel Neues und Interessantes über das für das Studium des Orgelspiels so wichtige Lernmittel.

Von der Prachtausgabe von:

Ein Spaziergang um die Welt von Frhrn. Alex. v. Hübner, ehem. k. k. österreich. Botschafter in Paris und am päpstlichen Hofe, Leipzig zig bei Schmidt und Günther, ist soeben die 6.—7. Lieferung erschienen. In der 6. Lieferung wird die interessante Beschreibung des Mormonenstaates zu Ende geführt. Das Portrait Brigham Young's, der Aeltesten und Bischöfe, sowie der Todtenmaske Joe Smiths zieren das Werk. Unter den Vollbildern erwähnen wir: Eine Karawane neubekehrter Mormonen auf dem Wege nach der Salzseestadt, ferner: der westliche Theil der Salzseestadt. In der 7. Lieferung beschreibt der Verfasser seine Beiwohnung einer großen Rathsversammlung von Indianern. Unter den Textbildern sei hervorgehoben das Portrait des Anführers der Pah Yutes, unter den Vollbildern: Rowdies in den Straßen von Corinna und der nordamerikanische Wapitihirsch. [1]

Vermischtes.

— (Internationale Jagd-Ausstellung Cleve.) Der provisorische Vorstand dieser Ausstellung hatte für gestern Abend eine Versammlung von Förderern und Gönnern der Ausstellung in das Hotel du Nord in Köln zusammenberufen. Der Einladung waren einige 20 Personen gefolgt, welche sich konstituirten und auf Vorschlag des Prinzen Solms-Braunsfeld Herrn Corneli (Cleve) den Vorsitz übertragen. Derselbe berichtete zunächst über die bereits geschehenen vorbereitenden Schritte und dieser Bericht fand um so lebhafteren Beifall, als die Versammlung daraus entnehmen konnte, daß die Ausstellung allseitig Unterstützung findet, daß schon jetzt Anmeldungen vorliegen und daß — was besonders wichtig ist — durch einen bereits gezeichneten Garantiefonds dem Unternehmen die nothwendige pekuniäre Basis gegeben ist. Es wurde darauf der definitive Vorstand gewählt, welcher nunmehr aus den Herren Max Graf Loë, Baron Steengracht-Moyland, R. Corneli-Cleve und de Greif-Crefeld besteht. Es wurde ferner das große Zentral-Komitee gewählt, welches aus ca. 40 Personen besteht, deren Namen wir demnächst unseren Lesern mittheilen werden und die der Ausstellung in jeder Hinsicht den größten Nutzen verheißen. — Mit der Ausstellung wird eine Hunde-Ausstellung, sowie ein größeres Rennen verbunden werden, zu deren Arrangement zwei Spezial-Komitees gewählt wurden. An der Spitze des Renn-Komitees steht Graf Max Loë, an der der Hunde-Ausstellung der Thiermaler Ludwig Beckmann (Düsseldorf). So ist denn eine Vereinigung hervorragender Kräfte zu Stande gekommen; bedeutende Namen des Auslandes wie des Inlandes verheißen der Ausstellung in Cleve den schönsten Erfolg und wir sind überzeugt, daß dieses Unternehmen nicht nur der Stadt Cleve, sondern ganz Deutschland Ehre machen und ein würdiges Seitenstück zu der glänzenden Fischerei-Ausstellung in Berlin sein wird; den Jägern und Sportsmen aber, sowie Allen, die sich für Sport interessiren, wird diese Ausstellung Interesse, Vergnügen und Nutzen im höchsten Grade bieten.

— Fürst Urussow hat, bevor er die diplomatische Laufbahn betreten, als kluger und gewandter Rathgeber in schwierigen Privatangelegenheiten sich einen guten Namen erworben. Folgende Geschichte wird in der russischen Hauptstadt erzählt. Unweit der letzteren wohnt auf dem Lande ein ordentlicher Mann, welcher ein kleines Geschäft betreibt und die Einkäufe für dasselbe seit Jahren bei einem Petersburger Kaufmann besorgt. Einmal kommt er zu diesem Geschäftsfreunde und ersucht ihn, tausend Rubel für einige Zeit aufzubewahren, er habe in der Stadt eine Zahlung machen wollen, aber den Gläubiger nicht angetroffen, nun möchte er das Geld nicht gern wieder nach Hause nehmen. Dem Gesuche wird mit Vergnügen gewillfahrt. Als später der Deponent jene Summe zurückverlangt, stellt der Depositar sich sehr verwundert, er wisse nichts von tausend Rubeln, welche ihm zur Verwahrung übergeben worden, es müsse ein Irrthum auf Seiten des Fordernden vorliegen u. s. w. Ein Irrthum war allerdings auf Seiten des Deponenten: er hatte seinen Geschäftsfreund für ehrlich gehalten und ihm das Geld ohne Zeugen anvertraut. Der Betrogene gerieth in Bestürzung, und da er sich nicht zu helfen wußte, nahm er seine Zuflucht zu dem Fürsten Urussow. „Deine Sache steht schlimm“, sagte dieser, „doch kannst Du vielleicht zu Deinem Gelde kommen, wenn Du noch tausend Rubel zur Verfügung hast.“ — Dem Rathe Urussow's entsprechend fuhr der Händler in gewohnter Weise fort, seine Einkäufe bei dem Betrüger zu machen. Von der Forderung wurde nichts mehr erwähnt. Nach einigen Monaten trat der Käufer in das Komtoir des Petersburgers, als gerade ein paar gemeinschaftliche Bekannte anwesend waren. In Gegenwart derselben übergab er wiederum den Betrag von tausend Rubeln zur Aufbewahrung. Sie wurden bereitwillig angenommen. Eine Woche darauf verlangte der Deponent von dem Kaufmann, mit welchem er sich allein befand, die hinterlegte Summe zurück. Dieser gab das Geld sofort heraus, weil es, vor Zeugen von ihm empfangen, nicht abgeleugnet werden konnte. Sobald der Händler die tausend Rubel in der Tasche hatte, sagte er: So, nun habe ich die ersten tausend Rubel bekommen; jetzt gieb mir auch die anderen, welche ich Dir zuletzt in Gegenwart von Zeugen übergeben habe. — Alles Protestiren des Betrügers blieb ohne Erfolg: er mußte sich bequemen, auch das zweite Tausend herauszurücken. Er war überlistet.

— In Münster beging das älteste Mitglied des Kriegervereins, der Veteran Brinkmann, seinen 101. Geburtstag. Der hochbetagte ehemalige Krieger befindet sich im Clemens Hospitale, erfreut sich aber noch einer rüstigen Frische. B. darf auf ein sehr bewegtes Leben zurückblicken; mehrere Jahre diente er in Spanien, machte auch den napoleonischen Feldzug in Rußland und den Uebergang über die Beresina mit und kämpfte bei Leipzig und Waterloo.

— (Die Politik im Reime.) Je ernster die Zeit, desto lebhafter ist der Volksgeist damit beschäftigt, den gewichtigen Ereignissen, seien sie politischer oder sozialer Natur, das lustig wallende Mäntelchen des harmlosen Humors umzuhängen. Und so sind denn diesem Volksgeiste auch für den jüngst und sozusagen über Nacht erfolgten partiellen Ministerwechsel in Wien ein paar volksthümliche Reime eingefallen. Die Reime lauten in ihrer ursprünglichen Einfachheit:

„Der Kremer sagt zum Streit:
Jetzt wär' zum Geh'n die Zeit,
Der Streit der sagt zum Kremer:
No, wenn'st moanst, so geh'n mer.
Die Beiden geh'n zum Taaff':
Wir müssen fort, Herr Graf
Der Graf, der sagt zu Beiden:
Mein Gott, mit tausend Freuden,
Ersatz hab' i schon so
Am Prazak und Pino.“

— In Straßburg wurde jüngst bei einem Feste folgendes Scherzwort des Kaisers erzählt. Als Se. Majestät vor einigen Jahren das Reichsland besuchte, wurden Militär- und Civilbehörden dem Kaiser im Schlosse vorgestellt. Oberpräsident v. Möller hatte die Ehre, die Herren vom Civil zu nennen. In dem Kreise, welchen die Mitglieder der Universität gebildet hatten, wurden der Reihe nach vorgestellt: Professor Roth, Professor Rose, Professor Rosenbusch. „Ah“, sagte der Kaiser lächelnd, „das hier ist die duftige Ecke“, und der hohe Herr theilte selbst die allgemeine Heiterkeit, welche durch diese Bemerkung hervorgerufen worden.

Handelsbericht.

London, 22. Januar. Wochenbericht über den Londoner Kartoffelmarkt von Emil Stargardt, Som) Eastern Wharf, Southwark S. E.)

Die heftigen Schneestürme Anfangs der Woche störten den Verkehr und verursachten eine gänzliche Stockung des Geschäfts. Ueber eine Preisänderung ist in Folge dessen nicht zu berichten, jedoch ist die Stimmung fest und wird für die nächste Zeit gutes Geschäft zu besseren Preisen allseitig antizipirt, umsomehr, als der harte Frost die Zufahren vom Kontinent und von Schottland für längere Zeit abgeschnitten hat.

Zwiebeln sind gefragt und höher und erzielen bis 170s.

Viehmarkt.

Berlin, 24. Januar. (Bericht der landwirthschaftlichen Bank in Berlin.) Es standen zum Verkauf: 2302 Rinder, 8343 Schweine, 994 Kälber, 6833 Hammel.

Trotzdem circa 600 Stück Rindvieh weniger am Markt waren, als am vorigen Montag, war das Geschäft noch ein flaueres und schleppenderes als an jenem Tage. Der Grund hiervon ist wie damals in dem geringen Export und dem wenigen Lokalbedarf zu suchen. Die Preise blieben unverändert und zwar wurde bezahlt beste Waare mit 58—60, Sekunda mit 50—54, Tertia mit 43 bis 45 und Quarta mit 30—35 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht. Außerdem wird noch bemerkt, daß feine fette Kühe fehlten.

Bei den Schweinen war heute der noch nie dagewesene Fall eingetreten, daß Russen überwiegend mehr aufgetrieben waren als Landschweine. Was das Geschäft anbetrifft, so wurden in Folge dessen Landschweine ziemlich schnell zu höheren Preisen verkauft, während Russen bei langsamem Handel etwas Ueberstände zurückließen. Bezahlt wurden beste Mecklenburger mit 60—61, feine schwere Pommern mit 56—58, leichtere desgleichen mit 54—55, sogenannte Senger mit 52—53, und Russen je nach Qualität mit 40—48 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht bei einer Tara von 20 Prozent. Bakuner galten 52—53 Mark bei 45—50 Pfund Tara.

Der Handel in Kälbern wickelte sich ziemlich glatt ab und wurde für beste Waare 55—60, für weniger gute 45—50 und für geringe 35 bis 40 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht angelegt.

Hammel waren, da Aussicht auf Export vorhanden, wiederum verhältnißmäßig viel aufgetrieben. Das Geschäft selbst war, was beste Waare anbetrifft, ein ziemlich zufriedenstellendes, da solche nicht unter 55 Pf. fortgegeben wurde, dagegen war dasselbe in geringeren Qualitäten, wo durchschnittlich nur 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht angelegt wurden, ein sehr langsames. Auch hier blieben Ueberstände.

Der Auftrieb der landwirthschaftlichen Bank betrug: 308 Rinder, 872 Schweine, 150 Kälber und 495 Hammel im Gesammtwerthe von circa 204,000 Mark.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 24. Januar. Wie die „Frankfurter Zeitung“ mittheilt, haben die Mitglieder des Aufsichtsrathes der deutschen Handelsgesellschaft für alle Wechselverbindlichkeiten des Instituts sowie für alle bis zum 31. Dezbr. 1881 von der Handelsgesellschaft ausgestellten Accepte Garantie übernommen. Die stillen Gesellschafter würden unter solchen Umständen bei der Diskontirung der Wechsel keinen Schwierigkeiten begegnen.

Straßburg i. E., 24. Januar. Die „Elsaß-Lothringische Zeitung“ veröffentlicht ein Schreiben aus Paris, in welchem die deutschen Besitzer türkischer Schuldtitel aufgefordert werden, ein eigenes Syndikat zu bilden und sich in Konstantinopel durch eigene Delegirte vertreten zu lassen, damit nicht Anderen die Vertretung deutscher Interessen anheimfalle.

München, 24. Januar. Der König hat dem hiesigen preußischen Gesandten, von Werthern, das Großkreuz des Verdienstordens der baierischen Krone verliehen, sowie dem deutschen Gesandten in Athen, von Radowitz, das Großkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael und dem Legationssekretär in Athen, von Waldenburg, das Comthurkreuz desselben Ordens.

Antwerpen, 24. Januar. Die Schifffahrt auf der Schelde ist vollständig unterbrochen.

Wien, 24. Januar. Wie der „Politischen Korrespondenz“ aus Belgrad gemeldet wird, ist zum Vertreter der serbischen Regierung auf der im Berliner Vertrage in Aussicht genommenen Eisenbahnkonferenz à quatre, deren Zusammentritt Mitte Februar in Wien erfolgen soll, der ehemalige Bautenminister, Oberst Zdravkowic, ernannt worden.

Belgrad. 24. Januar. Der Kriegsminister legte in der heutigen Sitzung der Skupschtina den Gesetzentwurf über die Reorganisation der Armee vor. — Die Skupschtina genehmigte einen Antrag betreffend das Interpellationsrecht der Abgeordneten.

London, 24. Januar. Das an den irischen Küsten in Dienst befindliche Geschwader soll durch zwei Kanonenboote verstärkt werden.

London, 24. Januar. Zur Vollendung unseres Ungemaches herrscht heute hier auch noch egyptische Finsterniß den ganzen Tag über, verursacht durch den braunen dicken Nebel.

Nach den Berichten englischer Spione, welche über Persien hier eingetroffen sind, erlitten die Russen vor Geok Tepe durch die Tekinzen am 10. d. M. sehr schwere Verluste an Mannschaften und Artilleriematerial. Außerdem mußten sie sich sieben Meilen weit zurückziehen. (B. T.)

Birmingham, 24. Januar. Heute ist eine Abtheilung Kavallerie nach Small-Heath entsandt worden, um die dortige Feuerwaffen-Werkstätte gegen etwaige Versuche der Fenier, sich der darin befindlichen Waffen und Munition zu bemächtigen, zu schützen.

Dublin, 24. Januar. Prozeß Parnell. Der Richter Fitzgerald begann h[illegible] seine Ansprache an die Geschworenen, in welcher [illegible]rklärte, er zweifle keineswegs daran, daß die Landliga eine illegale Organisation sei und daß Diejenigen, welche an den unter den Auspizien dieser Liga gehaltenen Meetings theilnahmen, einen illegalen Akt begingen. Fitzgerald verurtheilte scharf einige auf den Meetings gehaltene Reden, namentlich diejenigen Biggar's und Dillon's. Während der Rede des Richters betrat Parnell den Saal und wurde zum Gegenstand von Ovationen. Die Sitzung wurde sodann vertagt.

Kopenhagen, 24. Januar. Die Verbindung zwischen Korsör und Nyborg findet mittelst Eistransportes statt.

Newyork, 23. Januar. [illegible] Süd-Indiana und Illinois wird [illegible] die Weizenernte daselbst fast gänzl[illegible]